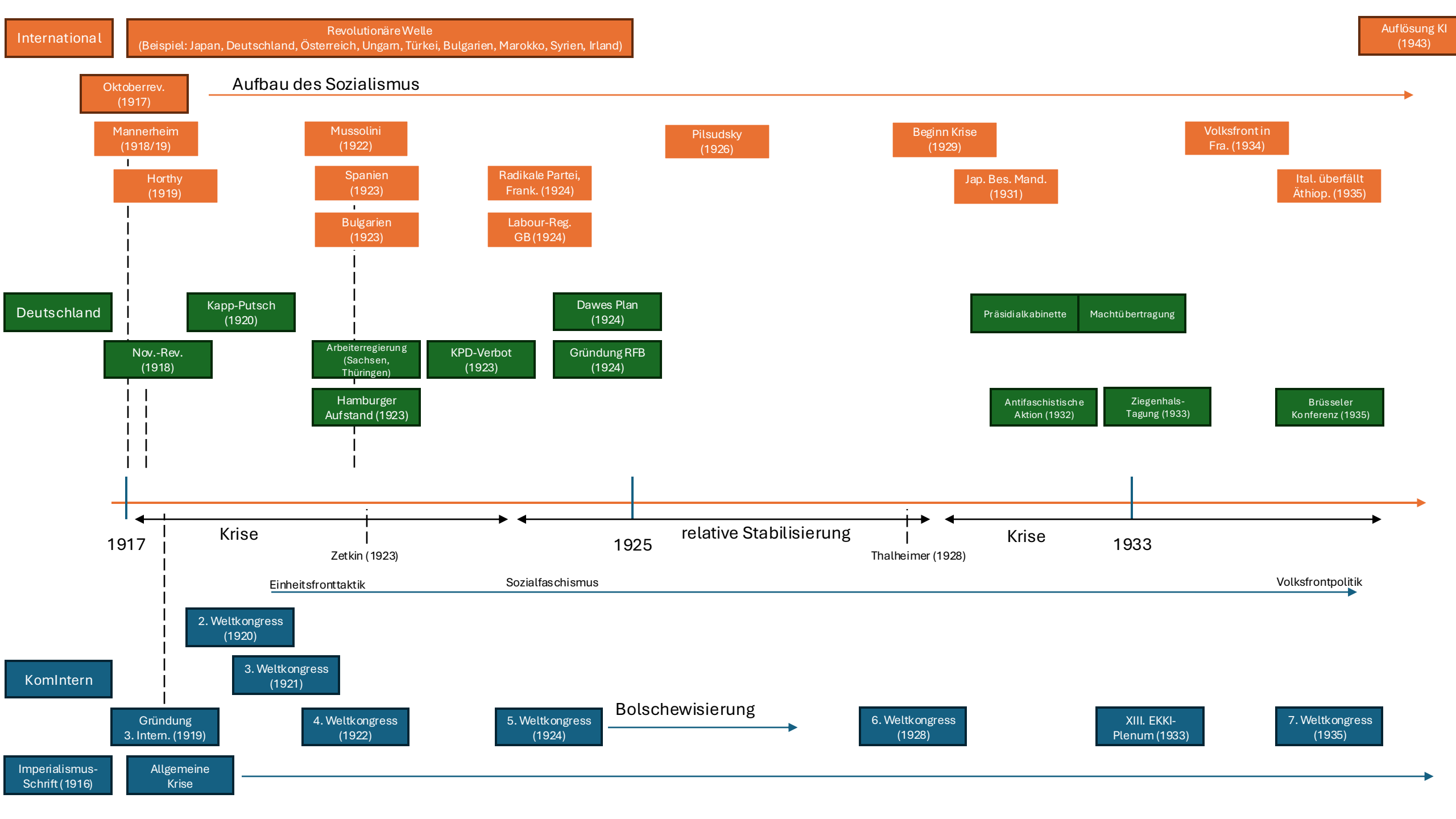


Faschismuskonferenz der Kommunistischen Internationalen 1922-1935



Zeitplan

Zeit	Inhalt
9:00-9:45	Input
9:45-10:00	Rückfragen und Anmerkungen
10:00-12:00	Arbeitsgruppen • Lesen und diskutieren von Primärtexten
12:00-13:15	Plenumsdiskussion • Kurzvorstellung der Gruppen • gemeinsame Abschlussdiskussion



Zentrale Fragen und Kontroversen

1. Klassenmäßige Bestimmung des Faschismus.
2. Verhältnis Faschismus zur bürgerlichen Demokratie (Regierungs- oder Staatsform).
3. Einordnung des Faschismus in den internationalen Klassenkampf.
4. Kampf gegen den Faschismus innerhalb des Klassenkampfes.

IV. WK (1922):

„Im engsten Zusammenhang mit der Offensive des Kapitals auf ökonomischem Gebiet steht die politische Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft, wie sie sich am krassesten im internationalen Faschismus äußert. [...] Sie (die Bourgeoisie, MR) geht deshalb dazu über, sich überall besondere weiße Garden zu schaffen, die sich speziell gegen alle revolutionären Bestrebungen des Proletariats richten und mehr und mehr der brutalen Niederschlagung jedes Versuches der Arbeiterschaft, ihre Lage zu verbessern, dienen.“

Zetkin (1923):

„Die Bourgeoisie kann die Sicherheit ihrer Klassenherrschaft nicht mehr von den regulären Machtmitteln ihres Staates allein erwarten. Sie braucht dafür eine außerlegale, außerstaatliche Machtorganisation. Eine solche wird ihr gestellt durch den bunt zusammengewürfelten Gewalthaufen des Faschismus. Deshalb nimmt die Bourgeoisie nicht nur mit Kußhand die Dienste des Faschismus an und gewährt ihm weiteste Bewegungsfreiheit im Gegensatz zu all ihren geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen. Sie geht weiter, sie nährt und erhält ihn und fördert seine Entwicklung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln des Geldschranks und der politischen Macht.“

VI. WK (1928):

„Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, nicht selten eine faschistische Rolle spielt. [...] Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie sind beide für den normalen Kapitalismus ungewöhnliche Methoden. Sie sind Anzeichen für das Bestehen einer allgemeinen Krise des Kapitalismus und werden von der Bourgeoisie benützt, um den Vormarsch der Revolution zu hemmen.“

KPD-Parteikonferenz (Oktober 1932):

„Gegenwärtig besteht eine andere Gefahr, die der Überschätzung des Faschismus, die Auffassung, als ob die faschistische Diktatur eine Konsolidierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie darstelle.“ [...] „Soviel ist jedenfalls klar: das deutsche Proletariat kann in die schweren und gewaltigen Klassenschlachten der nächsten Zukunft mit fester, kampfentschlossener Zuversicht, mit einer revolutionären Perspektive marschieren!“

Vorbereitungskommission für den VII. WK:

„In Frankreich verbinden wir (die Kommunisten, MR) uns nicht mit einer sich faschisierenden bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus, sondern wir verbinden uns mit der antifaschistischen kleinbürgerlichen Demokratie sowohl gegen die sich faschisierende bürgerliche Demokratie als auch gegen den Faschismus.“

Dimitroff:

„Keinerlei allgemeine Charakteristik des Faschismus, mag sie an sich noch so richtig sein, enthebt uns der Pflicht, die Eigenart der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und zu berücksichtigen.“

Anmerkungen & Rückfragen

Arbeitsgruppen

Gruppe I – Faschismus und weißer Terror

- III. WK: Resolution über den weißen Terror (1921)
- Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus (1923)

Gruppe II – Sozialfaschismus, Krieg und Faschismus

- V. WK: Resolution über den Faschismus (1924)
- VI. WK: Programm der KI (1928)
- VI. WK: Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg (1928)

Gruppe III – Faschismus und Bonapartismus

- August Thalheimer: Über den Faschismus (1928)
- Leo Trotzki: Bonapartismus und Faschismus (1934)

Gruppe IV – Der Faschismus hat sich in Deutschland durchgesetzt

- Ernst Thälmann: Referat auf der Tagung des ZK der KPD (1933)
- XIII. Plenum des EKKI: Der Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien (1933)

Insg. 2 Std. (45 min lesen, 15 min Pause, 60 min Diskussion)

Leitfragen

- Wie wird der Faschismus charakterisiert, was zeichnet ihn aus?
- Welche Orientierung zum Kampf gegen den Faschismus wird ausgegeben?
- Wie wird bei der Analyse und Bestimmung des Faschismus vorgegangen?
- Was wird über die Lage im internationalen Klassenkampf gesagt?

Abschlussdiskussion

- Kurzvorstellung der Gruppen *[max. 5 Minuten (!) pro Gruppe]*
- Dann gemeinsame Diskussion

Mögliche Leitfragen

- Was sind wesentliche Eindrücke aus den Texten / Diskussionen?
- Wie nähert sich die KI einem Verständnis vom Faschismus?

Die Faschismuskussion der Kommunistischen Internationale von 1922 bis 1935

Der politisch-historische Kontext	1
Massen- und Klassenbasis des Faschismus	3
Faschistische Entwicklung und Faschismuskussion im Anfangsstadium	4
Die Bonapartismustheorie: Das Kleinbürgertum und die Verselbständigung des Staates....	6
Die reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals	8
Über das Verhältnis von Faschismus zur Demokratie	10
Hintergrund der „Sozialfaschismusthese“	10
Faschismus: Regierungs- oder Staatsform	12
Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus	14
Einheitsfrontpolitik gegen die sozialdemokratische Führung	14
Mit der Einheitsfront zur Volksfrontpolitik der KomIntern	17
Ausblick und Fazit	20

Der politisch-historische Kontext

Am 30. Oktober 1922 ernannte König Viktor Emanuel III. Benito Mussolini zum neuen italienischen Ministerpräsidenten und übertrug so die politische Macht an die Nationale Faschistische Partei (PNF). Sechs Tage später, am 5. November 1922, begann der IV. Weltkongress der erst drei Jahre zuvor gegründeten Kommunistischen Internationale (KomIntern oder KI), auf dem die Ereignisse in Italien bereits intensiv diskutiert wurden.

Die 1917 siegreiche Oktoberrevolution in Russland wurde zum Ausgangspunkt einer weltweiten revolutionären Welle, die das Ende des Ersten Weltkrieges mit der Niederlage der Mittelmächte bedeutete und noch bis Mitte der 1920er Jahre anhalten sollte. Von den „Reisauftänden“ in Japan 1918 über die Novemberrevolution in Deutschland und Österreich, die proletarische Revolution in Ungarn 1919, die bürgerlich-nationale Revolution 1920 in der Türkei, Aufständen in Bulgarien 1923 bis hin zu Aufständen in Marokko und Syrien 1925, um nur einige Beispiele zu nennen. Rückblickend analysierte der VI. Weltkongress der KomIntern von 1928, dass mit der Erschütterung des gesamten Systems des Weltkapitalismus im Ersten Weltkrieg und dem Sieg der sozialistischen Revolution in Russland die Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus begonnen hatte.¹ „Seitdem hat

¹ VI. Weltkongress der KI: „Programm der Kommunistischen Internationale“, Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg-Berlin, 1928, S.17f.

der Kapitalismus seine geschichtliche Initiative verloren und ist in die Defensive geraten.“² Gemeint war eine umfassende System- und Gesellschaftskrise, die alle Bereiche des Lebens, der Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie erfasste und somit die internationalen Klassenkampfbedingungen umfänglich prägte.

Zentraler theoretischer Hintergrund der Bestimmung der allgemeinen Krise und der Faschismusdiskussion ab den 20er Jahren bildete das Verständnis vom Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus, das Lenin in seiner berühmten Broschüre von 1916 kondensiert dargestellt hatte. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz hatte sich zum Monopolkapitalismus entwickelt. Das Monopol, das seinem Wesen nach aggressiv ist und nach Ausdehnung seiner ökonomischen und politischen Macht im Innern und nach außen drängt, war zum bestimmenden Merkmal des Kapitalismus geworden und drückte auch dem kapitalistischen Staat seinen Stempel auf. Mit der enormen Steigerung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion drängte die kapitalistische Entwicklung bereits zum Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen. Das Entwicklungsstadium des Imperialismus leitete die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ein. Für die Diskussion um das Verhältnis zwischen faschistischen Parteien und dem Staat einerseits und der Frage der Klassenbasis des Faschismus andererseits kommt die Debatte, die in und um die KomIntern geführt wurde, wie wir sehen werden, wiederholt auf die zentrale Bedeutung des Verständnisses vom Imperialismus zurück.

In der durch die Oktoberrevolution eingeleiteten Periode zugespitzter Klassenkämpfe blieb der Faschismus an der Macht, um die 1920er Jahre keineswegs eine auf Italien beschränkte Erscheinung. 1918/19 wütete der weiße Terror in Finnland (Mannerheim) und Ungarn (Horthy), am 9. Juni 1923 beseitigte ein militärfaschistischer Umsturz die bürgerlich-demokratische Regierung in Bulgarien, am 13. September 1923 wurde unter Miguel Primo de Rivera eine Herrschaft in Spanien errichtet, die in der KomIntern als „Kleriko-Faschismus“ bezeichnet wurde, 1926 errichtete in Polen nach einem Staatsstreich Józef Piłsudski ein Terrorregime.

Die Analysen und Debatten in der KomIntern bezogen sich direkt auf diese politischen Entwicklungen. Über Wesen und Charakter des Faschismus wurde insofern keineswegs abstrakt gestritten. Das Allgemeine am Faschismus wurde versucht, auf Grundlage konkret-historischer Beobachtungen, im Verlauf einer intensiven, kontroversen Auseinandersetzung und mit Verweis auf die vielfältigen nationalen Besonderheiten des Faschismus herauszuschälen, immer mit der Absicht, auf der Grundlage genauer Analysen des Klassencharakters des Faschismus Kampforientierungen zu bestimmen. Die Faschismusdiskussion aus diesem historischen Kontext zu lösen, birgt insofern die Gefahr, diese tief in den Kämpfen verwurzelte Seite der Debatte abzulösen und einen theoretischen, „reinen“ Begriff vom Faschismus bilden zu wollen, um ihn gewissermaßen als Schablone mit Verhältnissen der Gegenwart abzugleichen. Uns interessieren an der Debatte der KomIntern allerdings nicht lediglich ihre Ergebnisse, sondern auch ihr Weg, ihre Verschmelzung mit dem Klassenkampf, die in ihrer Gänze eine Haltung und Herangehensweise an das Problem des Faschismus nahelegen, die für uns heute als Vorbild dienen kann.

² Lewerenz, Elfriede: „Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische International“, Dietz Verlag, Berlin, 1975, S. 5.

Die KomIntern führte diese theoretische und praktisch-politische Auseinandersetzung mit dem Faschismus in einem Moment, in dem die kommunistische Bewegung sich in harten Kämpfen von der reformistischen Sozialdemokratie emanzipierte. Die dritte Internationale wurde im März 1919 als Reaktion auf das Hinübertreten der Parteien der zweiten Internationale auf die Seite des Imperialismus gegründet. Nicht nur das Hineinführen der europäischen Arbeiterklassen in das Völkerschlagen des Ersten Weltkriegs, sondern insbesondere auch ihre entscheidende Rolle bei der Zerschlagung der revolutionären Welle nach 1917 und ihre Feindschaft zur Sowjetunion hatten ihren Klassenstandpunkt bewiesen. Weltweit gründeten sich eigenständige kommunistische Parteien, in denen sogleich eine Vielzahl an praktischen und theoretischen Fragen der Strategie und Taktik bewältigt werden mussten. Auseinandersetzungen wurden nicht nur gegen den Reformismus der Sozialdemokratie geführt. In der größten Sektion der KomIntern außerhalb Russlands, der KPD, wurden über die gesamte Phase von ihrer Gründung 1919 bis 1935 heftige innerparteiliche Kämpfe gegen Dogmatismus und sektiererische, ultralinke Positionen ausgetragen. Die Debatte um den Faschismus war verwoben mit ebendiesen Auseinandersetzungen und konnte es wohl auch nicht anders sein, ging es doch um das Finden und stetige Aktualisieren einer Gesamtstrategie der Arbeiterbewegung.

Auf viele wichtige Aspekte des historisch-politischen Kontexts können wir in diesem kurzen Text nicht eingehen. Es ist eine internationale Debatte, gestritten wurde mit Vertretern der Sozialdemokratie und zwischen einer Vielzahl führender Kommunisten im Umfeld der KomIntern. Wir müssen uns notwendigerweise auf Schlaglichter und Kernprobleme der Faschismusdiskussion beschränken. Zum einen ist das die klassenmäßige Bestimmung des Faschismus, das heißt die Frage, wer die soziale Triebkraft hinter dem Faschismus ist, wie die Beziehung zwischen Imperialismus und Faschismus einzuschätzen ist und wie das Verhältnis zwischen Massen- und Klassenbasis bestimmt wurde. Insbesondere blicken wir hier auch auf die Diskussion, die um die sogenannte „Bonapartismustheorie“ geführt wurde. Zum anderen schauen wir auf Debatten über das Verhältnis des Faschismus zur bürgerlich-demokratischen Ordnung und insbesondere zur Sozialdemokratie, wobei die Frage des „Sozialfaschismus“ besonders in den Blick genommen werden soll. Zuletzt sollen die Schlussfolgerungen, das heißt Kampforientierung, betrachtet werden, die aus der Analyse des Faschismus gezogen wurden und in der Orientierung auf die Volksfrontpolitik kulminieren. Die Beispiele antifaschistischer Politik bleiben notwendig schlaglichtartig und fokussieren die Erfahrungen aus Deutschland. Insgesamt wird der rote Faden vom IV. über den V. und VI. bis zum VII. Weltkongress der KI gespannt, ohne dass wir der Diskussion streng chronologisch folgen.

Massen- und Klassenbasis des Faschismus

„Der besondere Charakter des Faschismus kann nur definiert werden, indem man seine Klassenbasis, das System der Klassenbeziehungen, innerhalb deren er sich entwickelt und wirkt, und die Klassenrolle, die er spielt, bloßlegt. Nur so kann der Faschismus in seiner konkreten Wirklichkeit, die einer gegebenen historischen Entwicklungs- und Niedergangsstufe des Kapitalismus entspricht, gesehen werden.“³ – R. Palme Dutt, 1934

³ Palme Dutt, Rajani: „Faschismus und soziale Revolution“, Materialismus Verlag, Frankfurt 1972, S. 75. R. Palme Dutt nahm an der Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens (1920) teil und war mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten über mehrere Jahrzehnte eine zentrale Führungsfigur der Partei.

Faschistische Entwicklung und Faschismusdiskussion im Anfangsstadium

Ausgangspunkt für die Arbeiterbewegung zur Analyse der neuen Erscheinung des Faschismus musste die kapitalistische Klassengesellschaft sein. Faschistische Parteien wurden aus den Klassenauseinandersetzungen geboren und nahmen darin eine konkrete politische, d.h. klassenmäßige Rolle ein. Nicht ihre Ideologie konnte somit Ansatzpunkt dafür sein, um zu verstehen, was der Faschismus war, sondern nur die praktisch-politische Rolle, die die Faschisten im Klassenkampf spielten. Die Frage der klassenmäßigen Bestimmung blieb für das grundsätzliche Verständnis vom Faschismus die Kernfrage, um die fast alle zentralen Kontroversen kreisten. Welche Klassen stecken hinter dem Faschismus? Wie ist das Verhältnis zwischen Monopolbourgeoisie und faschistischer Partei zu verstehen? Was bedeutet das für die Analyse der sozialen Basis, der Unterstützer und Mitglieder der faschistischen Bewegung? Bereits der IV. Weltkongress nahm 1922 hierzu eine wesentliche Bestimmung vor:

„Im engsten Zusammenhang mit der Offensive des Kapitals auf ökonomischem Gebiet steht die politische Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft, wie sie sich am krassesten im internationalen Faschismus äußert. [...] Sie (die Bourgeoisie, KO) geht deshalb dazu über, sich überall besondere weiße Garden zu schaffen, die sich speziell gegen alle revolutionären Bestrebungen des Proletariats richten und mehr und mehr der brutalen Niederschlagung jedes Versuches der Arbeiterschaft, ihre Lage zu verbessern, dienen.“⁴

Die Dialektik aus Defensive und Offensive, die sich im Faschismus ausdrückt, ist hier bereits aufgehoben. Die Bourgeoisie agiert aus einer strategischen Defensivsituation, ihrer umfassenden Krise, mit einer politischen Offensive – dem Faschismus (siehe hierzu auch Kapitel II, „Das Verhältnis von Faschismus und Monopolkapital“). In den Thesen des IV. Weltkongresses wurde der Faschismus auch als „die letzte Karte im Spiele der Bourgeoisie“ bezeichnet, die sich „gegen die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie überhaupt“ richte. Als wesentlicher Inhalt des Faschismus wurde die gewaltsame Zerschlagung der Arbeiterbewegung zum Machterhalt der Bourgeoisie, nicht nur in Italien, sondern im Sinne des internationalen Klassenkampfes, bestimmt. Am Beispiel Italiens wurde gezeigt, dass die Faschisten sich neben konterrevolutionären Kampfverbänden mit Hilfe sozialer Demagogie eine Massenbasis aus den Kreisen der Bauern, Kleinbürger und gewissen Teilen der Arbeiterschaft aufgebaut hatten.

Eine der bekanntesten frühen Analysen des Faschismus gab Clara Zetkin 1923 auf einem Plenum des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale). Sie bezeichnet den Faschismus als „Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick“. Zetkin hob zwei allgemeine Wesenszüge hervor ein scheinrevolutionäres Programm, mit dem die Faschisten an Stimmungen und Interessen der breitesten sozialen Massen anknüpften, und die Anwendung gewaltsamsten Terrors. Mit der massiven Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, der Intelligenz und des Kleinbürgertums verlor „die

⁴ IV. Weltkongress der KI: „Thesen: Über die Taktik der KomIntern“, 1922, Online: http://321ignition.free.fr/pag/de/lin/pag_003/1922_12_05_KI_IV_Thesen_Taktik.htm (aufgerufen: 02.04.2025).

milde, burgfriedliche Predigt der Reformsozialisten ihre einschläfernde Wirkung auf das Proletariat“.

„Die Bourgeoisie kann die Sicherheit ihrer Klassenherrschaft nicht mehr von den regulären Machtmitteln ihres Staates allein erwarten. Sie braucht dafür eine außerlegale, außerstaatliche Machtorganisation. Eine solche wird ihr gestellt durch den bunt zusammengewürfelten Gewalthaufen des Faschismus. Deshalb nimmt die Bourgeoisie nicht nur mit Kußhand die Dienste des Faschismus an und gewährt ihm weiteste Bewegungsfreiheit im Gegensatz zu all ihren geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen. Sie geht weiter, sie nährt und erhält ihn und fördert seine Entwicklung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln des Geldschranks und der politischen Macht.“⁵

Besonders interessant an dem Zitat ist der Zusammenhang aus herrschender Klasse und faschistischer Bewegung. Die Faschisten gewannen mit ihrer „skrupellosen demagogischen Agitation“ eine „tausendköpfige Masse“ von „politisch Obdachlosen, sozial Entwurzelten, Existenzlosen und Enttäuschten“. Aber erst die Bourgeoisie ermöglichte der faschistischen Bewegung diese wachsende politische Bedeutung.

Zetkin nahm eine sehr genaue Analyse der Klassenverhältnisse und der Entwicklung des Kapitalismus in Italien vor. Auf dieser Basis kam sie zum Schluss, dass der Widerspruch aus Klassen- und Massenbasis zur Achillesferse des Faschismus werden müsse. Dass also die Unterstützer der Faschisten sich gegen ihn stellen würden, sobald er in zunehmender Weise sein wahres politisches Programm offenbart, und der Faschismus insofern nur ein vorübergehendes Instrument der Bourgeoisie sein könne: „Der Faschismus ist ein zwiespältiges Gebilde, das verschiedene gegensätzliche Elemente umschließt und sich deshalb von innen heraus zersetzen und auflösen wird.“⁶ Keineswegs leitete Zetkin daraus allerdings eine passive Haltung der Arbeiterklasse ab. Zur Frage der Strategie weiter unten noch mehr. In der beschlossenen Resolution der EKKI-Tagung finden sich wesentliche Bestimmungen von Zetkin wieder.⁷ Zudem wurde darin die wachsende internationale Kriegsgefahr durch den Faschismus betont.

Elfriede Lewerenz, die in den 1970er Jahren in der DDR umfassend über die Faschismusdebatte der KomIntern geforscht hatte, resümierte, dass die frühe Analyse der KomIntern, wenngleich sie das imperialistische Wesen des Faschismus richtig erkannt hatte, doch unterkomplex bleiben musste, weil auch der Faschismus selbst noch relativ unterentwickelt war.

„Es zeigte sich, daß der Faschismus nicht die „letzte Karte im Spiel der Bourgeoisie“ war und nicht nur zu immer tieferem Zerfall des kapitalistischen Systems führen

⁵ Zetkin, Clara: „Der Kampf gegen den Faschismus“, Bericht auf dem erweiterten Plenum des EKKI, 1923, Online: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1923/06/faschism.htm> (aufgerufen: 03.05.2025).

⁶ Ebd.

⁷ Siehe hierzu die Resolution über den Faschismus (auf Englisch), Online: <https://www.marxists.org/archive/zetkin/1923/06/fascism-report-comintern.htm> (aufgerufen: 03.05.2025)

konnte, sondern daß auch im faschistischen Italien Anzeichen einer Stabilisierung des Kapitalismus zu verzeichnen waren.“⁸

Der V. Weltkongress (1924) unterschied in seiner Resolution über den Faschismus deutlicher zwischen der vornehmlich kleinbürgerlichen Massenbasis einerseits und der Durchsetzung der Interessen der Bourgeoisie mit Hilfe des Faschismus andererseits:

„Der Faschismus ist das Instrument der Bourgeoisie im Kampf gegen das Proletariat, für dessen Niederringung die legalen Mittel des Staates nicht mehr ausreichen ... In seiner sozialen Struktur ist der Faschismus jedoch eine kleinbürgerliche Bewegung; er wurzelt in den durch die Krise des Kapitalismus dem Untergang geweihten Mittelschichten und in den durch den Krieg deklassierten Elementen (z. B. den ehemaligen Offizieren), zum Teil auch in den verbitterten proletarischen Elementen, deren revolutionäre Hoffnungen enttäuscht wurden.“⁹

Das vom VI. Weltkongress (1928) verabschiedete Programm der KI bezeichnete den Faschismus als „terroristische Diktatur des Großkapitals“, hob die Funktion des Faschismus zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion hervor und zog eine Verbindung zwischen dem Faschismus in der imperialistischen Peripherie und imperialistischen Kernländern, wobei sich interessante Parallelen zu der aktuellen Diskussion über den Faschismus auf Export (siehe Kapitel IV) ergeben:

„Die großen imperialistischen Mächte unterstützen den Faschismus in Südosteuropa, Polen und Rumänien als wichtiges Instrument bei der Vorbereitung und Durchführung des imperialistischen Krieges, insbesondere gegen die UdSSR.“¹⁰

Die Bonapartismustheorie: Das Kleinbürgertum und die Verselbständigung des Staates

1928 schrieb der deutsche Kommunist August Thalheimer, kurz vor seinem Ausschluss aus der KPdSU, den Text „Über den Faschismus“ als internes Dokument für die KomIntern. Veröffentlicht wurde die Schrift 1930 von der, unter anderem von Thalheimer 1929 gegründeten, Kommunistischen Partei-Opposition (KPO). Es ist die prägnanteste Anwendung der Bonapartismustheorie auf den Faschismus. Mit einem Rückgriff auf die von Marx verfasste Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ von 1852, in der Marx den Staatsstreich und die ihn umgebenden Klassenkämpfe Frankreichs scharf untersucht hatte, bestimmte Thalheimer, ohne Bonapartismus und Faschismus einfach gleichzusetzen, grundlegende Merkmale des Faschismus.

⁸ Lewerenz, Elfriede: „Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922 bis 1935)“. In: Eichholtz, Dietrich (Hrsg.); Gossweiler, Kurt (Hrsg.): „Faschismus Forschung“, Akademie-Verlag, Berlin, 1980, S.28

⁹ V. Weltkongress der KomIntern: „Resolution on fascism“ (eigene Übersetzung), aus: Degras, Jane: „The Communist International 1919-1943 Documents. Volume II 1923-1928“, S. 139, Online: <https://www.marxists.org/history/international/comintern/documents/volume2-1923-1928.pdf> (aufgerufen: 03.05.2025).

¹⁰ VI. Weltkongress der KomIntern: „The struggle against imperialist war & the tasks of the communists“ (eigene Übersetzung), aus: Workers Library Publishers, 1932 New York City, S. 5, Online: <https://www.marxists.org/history/international/comintern/6th-congress/4-Struggle%20vs%20imperialist%20War-6th-World-Cong-1928.pdf> (aufgerufen: 03.05.2025).

„Der gemeinsame Nenner ist die offene Diktatur des Kapitals. Ihre Erscheinungsform ist die Verselbständigung der Exekutivgewalt, der Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive. Ihr sozialer oder klassenmäßiger Inhalt aber ist die Herrschaft der Bourgeoisie und der Privateigentümer überhaupt über die Arbeiterklasse und alle anderen kapitalistisch ausgebeuteten Schichten.“¹¹

Um ihre soziale Herrschaft zu sichern, müsse die Bourgeoisie in Zeiten einer Krise ihre politische Herrschaft aufgeben. Die Exekutivgewalt des Staates verselbständige sich. Deklassierte, „sozial entwurzelte, von der unmittelbaren Produktion ausgestoßene parasitische Elemente aller Klassen“ bilden nach Thalheimer, wie schon in der „Dezemberbande“ von Louis Bonaparte, die soziale Basis der faschistischen Partei. Politische Herrschaft des Kleinbürgertums zur Durchsetzung der Interessen der Großbourgeoisie ist der Kern der Analyse des Faschismus nach Thalheimer. Einige andere wichtige Akteure der Zeit, wie Leo Trotzki oder Otto Bauer, kamen zu ähnlichen Schlussfolgerungen und bezogen sich teilweise auch auf die Bonapartismusthese. Damit wurde die Debatte um die Klassenbeziehungen des Faschismus zugespitzt. Zwar benannte Thalheimer im Entwicklungsstand des Kapitalismus, einerseits Kapitalismus der freien Konkurrenz, andererseits monopolistischer Kapitalismus/Imperialismus, einen wesentlichen Unterschied zwischen Bonapartismus und Faschismus; allerdings setzten viele folgende Kritiken an genau diesem Punkt an. So beispielsweise Palmiro Togliatti in seinen „Lektionen über den Faschismus“ von 1935:

„Diese These, die das Steckenpferd des Trotzismus ist, stammt aus einigen Aussagen von Marx (in „Der 18. Brumaire“ usw.) und Engels; aber die Analysen von Marx und Engels, die zu dieser Zeit für die Entwicklungsphase des Kapitalismus gültig waren, werden falsch, wenn sie heute, im Zeitalter des Imperialismus, mechanisch angewendet werden.“¹²

Zentrales Gegenargument war, dass Thalheimer mit der Trennung von sozialer und politischer Herrschaft die Entwicklung hin zum staatsmonopolistischen Kapitalismus übergehe. Der imperialistische Staat wurde in direkterer Weise in den Reproduktionsprozess des Kapitals einbezogen. Die Macht des Staates und des Monopolkapitals verschmolzen miteinander. Die Anwendung der Bonapartismustheorie auf den Faschismus nehme angesichts dieser Entwicklung eine unzulässige Trennung von Ökonomie und Politik vor. Gegen die Idee der Verselbständigung der Exekutive wurde, ähnlich wie Zetkin das oben bereits angedeutet hatte, zudem eingewandt, dass die faschistischen Kräfte unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie wachsen konnten. So schrieb R. Palme Dutt in seiner bekannten Schrift „Faschismus und soziale Revolution“ von 1934 beispielsweise:

¹¹ Thalheimer, August: „Über den Faschismus“, 1928, Online:

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/thalheimer/1928/xx/fasch.htm> (aufgerufen: 03.05.2025)

¹² Togliatti, Palmiro: „Lectures on fascism“ (eigene Übersetzung), International Publishers, New York 1935, S. 3, Online: <https://archive.org/details/LecturesOnFascism/page/n1/mode/2up> (aufgerufen 03.05.2025). Palmiro Togliatti war Gründungsmitglied der KP Italien, übernahm in seinem Exil in der Sowjetunion führende Verantwortung in der KomIntern und war ab 1947 Generalsekretär der KPI.

„Überdies kann sich der Faschismus nur unter dem direkten Schutz der bürgerlichen Diktatur ausbreiten, und nur die bewahrt ihn davor, schon in den Anfangsstadien durch die Bewegung der Arbeiter vernichtet zu werden. Der Faschismus kann auf die Hilfe des größeren Teils der Staatsgewalt, der höheren Stäbe der Armee, der Polizeiorgane, der Gerichte und der Behörden rechnen, die alle ihre ganze Kraft aufbieten, um die Opposition der Arbeiterklasse zu zerschmettern, während sie die faschistischen Ungesetzlichkeiten mit offener Duldung behandeln.“¹³

Zugespitzt ging es bei der Kontroverse, die auch nach 1945 unter den Schlagworten „Bündnis- vs. Agententheorie“ unter anderem zwischen Reinhard Kühnl und Reinhard Opitz fortgeführt wurde, um das Verhältnis des Monopolkapitals zum Faschismus, und damit letztlich um das Verhältnis des Monopolkapitals zum Staat überhaupt (siehe auch Kapitel II unter „Das Verhältnis von Faschismus und Monopolkapital“). Weitgehende Einigkeit bestand in der Feststellung, dass die soziale Massenbasis faschistischer Parteien zu relevanten Teilen im Kleinbürgertum lag. Wie eigenständig agierten die faschistischen Organisationen allerdings tatsächlich vom Monopolkapital bzw. wie direkt nahm das Monopolkapital Einfluss auf die faschistischen Kräfte und den faschistischen Staat in dem Moment, als der Faschismus an die Macht kam? Trotzki vertrat die Ansicht, dass das Finanzkapital nicht in der Lage gewesen sei, sich eine Regierung nach Belieben zu schaffen. Der Bonapartismus trete also letztlich als eine Art dritte Instanz auf, um die Herrschaft des Finanzkapitals zu retten und es nach einer Übergangsperiode wieder an die Macht zu holen. Georgi Dimitroff kam in seinem berühmten Referat zum VII. Weltkongress 1935 zu einem scharfen und eindeutigen Urteil in dieser Frage.

„Der Faschismus ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich „über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie steht“, wie das z.B. Otto Bauer behauptet hat. Das ist nicht das „aufständische Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat“, wie der englische Sozialist Brailsford erklärt. Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst.“¹⁴

Die Analyse des Verhältnisses von Massen- und Klassenbasis des Faschismus war keine Detailfrage, sondern entscheidend dafür, um zu bestimmen, gegen wen die Arbeiterbewegung letztlich ihren Kampf richten sollte: gegen das Kleinbürgertum bzw. eine sich verselbständigende Exekutivgewalt oder gegen die Monopolbourgeoisie.

Die reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals

Dimitroff wiederholte bekanntermaßen in seinem Referat die knappe klassenmäßige Bestimmung des Faschismus, die bereits das XIII. EKKI-Plenum im Dezember 1933 fasste und

¹³ Palme Dutt: „Faschismus und soziale Revolution“, S. 80

¹⁴ Dimitroff, Georgi: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“, 1935, Online: <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/ch1.htm> (aufgerufen: 03.05.2025)

an dem Dimitroff aufgrund seiner Anklage im Reichstagsbrandprozess in Deutschland selbst nicht teilnehmen konnte.

„Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist [...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“¹⁵

Mit dem Zusatz „Faschismus an der Macht“ ergänzte Dimitroff die Formulierung des XIII. EKKI-Plenums und brachte die Unterscheidung zwischen faschistischer Bewegung oder Tendenz einerseits und faschistischer Herrschaftsform andererseits zum Ausdruck. Die Zuspitzung auf die „reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ wurde auf Grundlage der Erfahrungen in Deutschland getroffen. In seinen Analysen für die KomIntern wies der marxistische Ökonom Eugen Varga nach, dass besonders die Schwerindustrie und das Junkertum in Deutschland auf die Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden orientiert waren, wohingegen sich Monopolgruppen der Konsumgüterindustrie und des Handels, die hinter der Politik des Zentrums und der Sozialdemokratie standen, zögerlich-schwankend verhielten.¹⁶ Wilhelm Pieck stellte dazu auf dem XIII. Plenum des EKKI fest:

„Der Klasseninhalt der faschistischen Diktatur in Deutschland wird durch die Zusammensetzung des ‘Generalrats der Wirtschaft’ demonstriert. Von den 16 Personen in dieser eigentlichen Regierung über Deutschland sind 9 Großindustrielle (fast ausschließlich Vertreter des Monopolkapitals), 4 Bankfürsten und 2 Großagrarien.“¹⁷

Teil des Generalrats waren u.a. Krupp, Thyssen, Siemens, Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Bosch, Diehn (IG-Farben), von Finck (Präsident des Bankier-Zentralverbandes) und andere. Lewerenz macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass in der Erfüllung der Gesamtinteressen des Kapitals einerseits und den Sonderinteressen bestimmter Teile des Monopolkapitals andererseits eine Wesenseigenschaft des imperialistischen Staates liege.

„Die KI wies hier auf den Differenzierungsprozeß innerhalb der Bourgeoisie hin, der dem staatsmonopolistischen Kapitalismus im allgemeinen und dem Faschismus im besonderen wesenseigen ist. Damit deutet sie schon an, daß staatsmonopolistische Maßnahmen neben der vorrangigen Aufgabe, die Interessen der herrschenden Klasse als Ganzes zu sichern, immer verbunden sind mit der Stärkung der Position bestimmter Vertreter und Fraktionen der Monopole.“¹⁸

Die oben zitierte Formulierung bei Dimitroff, wonach der Faschismus „die Macht des Finanzkapitals selbst“ sei, löst bis heute kontroverse Debatten aus. Ist das Verhältnis von Kapital und Staat darin vereinfacht gefasst? Die zugespitzten Formulierungen im Referat von Dimitroff reagieren auf bestimmte Debatten und müssen im Kontext der auch hier kurz beschriebenen Kontroverse über die Massen- und Klassenbasis des Faschismus verstanden werden. Die KomIntern orientierte die Hauptrichtung des Kampfes gegen den Faschismus

¹⁵ Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.

¹⁶ Vgl. Lewerenz: „Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale“, 24f.

¹⁷ Pieck, Wilhelm: „Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands“, XIII. Plenum des EKKI (Dezember 1933), Moskau-Leningrad, 1934, S.23.

¹⁸ Lewerenz: „Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale“, S. 27

unmissverständlich gegen das Monopolkapital. Darüber hinaus beschrieb Dimitroff den konkreten Prozess der Machtübertragung an die Faschisten in seinem Referat bereits durchaus nuancierter.

„Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder mit einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt, wie wir das in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben.“¹⁹

Über das Verhältnis von Faschismus zur Demokratie

Hintergrund der „Sozialfaschismusthese“

Nachdem die zweite Internationale bereits 1914 entscheidend dafür war, um die Arbeiterklassen Europas auf die Schlachtbank des imperialistischen Krieges zu führen, erlebten die Kommunisten in der revolutionären Etappe ab 1917 erneut die explizit konterrevolutionäre Funktion, die die sozialdemokratischen Führungen bereitwillig spielten. Otto Bauer, in der Zeit selbst stellvertretender Parteivorsitzender der österreichischen Sozialdemokratie, gestand das im Rückblick auf die revolutionäre Bewegung von 1918 selbst offen ein.

„Die Armee fühlte, daß sie der Träger der Revolution war, die Avantgarde des Proletariats. [...] ‘Diktatur des Proletariats’, ‘Alle Macht den Räten’ war das, was man in den Straßen hören konnte [...]. Keine bürgerliche Regierung hätte mit einer solchen Aufgabe fertig werden können. Nur die Sozialdemokraten konnten eine so beispiellos schwierige Situation sicher meistern, weil sie das Vertrauen der arbeitenden Massen besaßen.“²⁰

Die Kommunisten machten die praktische Erfahrung, dass die herrschende Klasse ihre tiefe Krise und das revolutionäre Aufbäumen des Proletariats mal mit Rückgriff auf die Sozialdemokratie, mal mit „weißem Terror“ beantwortete, oder beidem. Anhand vieler Beispiele zeigte sich gar die Verbindung der einen mit der anderen Variante der Herrschaftstechnik. An der Seite der rechten Freikorps organisierte die deutsche Sozialdemokratie 1918/19 die Niederschlagung der Arbeiteraufstände in Deutschland und Österreich. In einem 1921 geschlossenen Geheimvertrag sicherte die rechte Führung der ungarischen Arbeiterpartei dem Horthy-Regime umfassende Unterstützung zu. In Bulgarien beteiligte sich 1923 die sozialdemokratische Partei im faschistischen Kabinett unter Zankow. Auch in Polen verblieb 1926 ein Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung des Pilsudski-Regimes. Ebenfalls 1926 traten in Italien die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in die Dienste Mussolinis und lösten ihre Organisation auf. Während sich in Italien, Bulgarien, Spanien und Polen faschistische Regime formiert hatten, wurden

¹⁹ Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.

²⁰ Otto Bauer zitiert nach Schleifstein, Josef: „Die ‘Sozialfaschismus’-These“, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main 1980, S. 12f.

die revolutionären Arbeiterbewegungen in Deutschland (Beteiligungen an Reichsregierungen von 1919 bis 1923), Frankreich (Herriot, Radikale Partei, 1924-25 Premierminister) und Großbritannien (1924 stellte die Labour Party kurzzeitig die Regierung) durch sozialdemokratische Regierungen von oben bekämpft. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist die Einschätzung des „Sozialfaschismus“ zu verstehen, die ab 1924 in der KI vertreten wurde und auf dem V. Weltkongress der KI (1924) am schärfsten formuliert wurde.

„Während die bürgerliche Gesellschaft weiter im Niedergang begriffen ist, nehmen alle bürgerlichen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, einen mehr oder weniger faschistischen Charakter an. [...] Faschismus und Sozialdemokratie sind zwei Seiten desselben Instruments der kapitalistischen Diktatur.“²¹

Es war das eine, die Sozialdemokratie selbst als faschistisch zu bezeichnen. Etwas anderes sicherlich, die Herrschaftstechniken der Sozialdemokratie und des Faschismus als komplementäre Instrumente bürgerlicher Herrschaft vorzustellen, wie nochmals etwas deutlicher im Programm der KomIntern von 1928.

„Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, nicht selten eine faschistische Rolle spielt. [...] Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie sind beide für den normalen Kapitalismus ungewöhnliche Methoden. Sie sind Anzeichen für das Bestehen einer allgemeinen Krise des Kapitalismus und werden von der Bourgeoisie benützt, um den Vormarsch der Revolution zu hemmen.“²²

Die Gemeinsamkeit der Sozialdemokratie und des Faschismus wurde hier vor allem aus der Perspektive der tiefen Krise des Kapitalismus und der revolutionären Klassenkämpfe betrachtet. In diesem entscheidenden Moment des revolutionären Weltprozesses war die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Politik der sozialdemokratischen Führung wesentlich, weshalb die KomIntern die Sozialdemokratie auch als soziale Hauptstütze des Imperialismus in der Arbeiterklasse bezeichnete.

„Die internationale Sozialdemokratie aller Schattierungen, die Zweite Internationale und ihre gewerkschaftliche Filiale, der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund, sind so zu Reserven der bürgerlichen Gesellschaft geworden, zu ihren sichersten Stützen.“²³

Die Gemeinsamkeit der Sozialdemokratie und des Faschismus in ihrer grundsätzlich konterrevolutionären Funktion wurde selbst aus reaktionären Kreisen erkannt und offen ausgesprochen. So beispielsweise in den „Deutschen Führerbriefen – Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz“ von 1932:

²¹ V. Weltkongress: „Resolution on Fascism“, aus: Degras, Jane: „The Communist International 1919-1943 Documents. Volume II 1923-1928“, S. 139 (eigene Übersetzung).

²² VI. Weltkongress: „Programm der KomIntern“, Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg-Berlin, 1928, S. 23f.

²³ VI. Weltkongress: „Programm der KomIntern“, S. 22

„Der oft gezogene Vergleich zwischen Hitler und Ebert hat in dieser Hinsicht Gültigkeit. Beide versprachen mit dem Appell an antikapitalistische Befreiungssehnsüchte die Verwirklichung einer neuen - "sozialen" bzw. "nationalen" - Volksgemeinschaft.“²⁴

Die Einschätzung der Sozialdemokratie war letztlich für die politische Orientierung der Kommunistischen Parteien entscheidend. War es möglich, trotz ihrer konterrevolutionären Rolle mit Teilen der Sozialdemokratie gegen den Faschismus zusammenzuarbeiten? Innerhalb der Parteien der KomIntern wurde darüber fortwährend kontrovers diskutiert und in der konkreten Arbeit einzelner Parteigliederungen unterschiedliche Schlüsse im Umgang mit sozialdemokratischen Arbeitern gezogen. Auf dieses Problem wird im letzten Abschnitt dieses Kapitels genauer eingegangen.

Vom Standpunkt der Untersuchung des Faschismus in seinem Platz im Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie und seiner Rolle in der Epoche vom Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus waren die Gemeinsamkeiten mit der Sozialdemokratie in Hinblick auf ihr konterrevolutionäres Wirken bestechend. Der Faschismus wurde bestimmt als Form bürgerlicher Herrschaft. Konnte dementsprechend die parlamentarische Demokratie und die faschistische Herrschaft gleichgesetzt werden, oder wurden dennoch qualitative Unterschiede gesehen?

Faschismus: Regierungs- oder Staatsform

Während die Sozialdemokratie hauptsächlich mit der Täuschung und daneben mit der Unterdrückung arbeite, kehre der Faschismus nach R. Palme Dutt das Verhältnis um und priorisiere die Unterdrückung über die Täuschung. Die Sozialdemokratie zerstöre die Arbeiterorganisationen von innen, der Faschismus jedoch von außen. Palme Dutt wies in seiner Schrift von 1934 zudem auf die Krise als materielle Basis dafür hin, dass die herrschende Klasse einen Wechsel von bürgerlicher Demokratie zu faschistischer Herrschaft anstreben müsse. Insbesondere die Schicht der Arbeiteraristokratie, die eine entscheidende Integrationsfunktion in Zeiten der Demokratie übernehme, werde durch die Krise zunehmend zerrieben.

„Wenn der Kapitalismus gezwungen ist, die Basis der Sozialdemokratie zu zerstören, dann ist er ebenso gezwungen, parlamentarische Verfassung in eine nicht-parlamentarische 'eingeschränkte' (d. h. Faschistische) Verfassung umzuwandeln.“²⁵

Mit dem Verweis auf die Verfassung deutet Palme Dutt den Wechsel in der Staatsform an. An dieser Frage, ob man lediglich von einem Wechsel der Regierungsform oder eben der Staatsform sprechen könne, entwickelten sich kontroverse Positionen. Während der IV. Weltkongress (1922) noch davon sprach, dass sich „die offene Herrschaft der weißen Garden [...] zugleich gegen die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie überhaupt“ richte, erkennt Lewerenz in der Formulierung des V. Weltkongresses (1924), die im Faschismus und der Sozialdemokratie zwei Seiten „ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen

²⁴ Zitiert nach Palme Dutt: „Faschismus und soziale Revolution“, S. 151

²⁵ Ebd., S.150

Diktatur“ erkannte, ein Abgehen von dieser scharfen Unterscheidung.²⁶ Lewerenz erklärt diese Positionsentwicklung der KI u.a. mit dem konkreten historischen Kontext, „daß die faschistischen Regimes zu Beginn der 20er Jahre im Wesentlichen parlamentarische Formen beibehalten hatten“, wie in Italien bis zur „Matteotti-Krise“ 1924/25.²⁷

Die Frage der Beziehung des Faschismus zur bürgerlichen Demokratie war verbunden mit der Frage, inwiefern der Faschismus überhaupt nur eine Erscheinung in Ländern sein konnte, in denen es schwach entwickelte bürgerlich-demokratische Strukturen gab. Von Teilnehmern des VI. Weltkongresses wurde nach Lewerenz eine Position vertreten, die den Faschismus lediglich als Erscheinung rückständiger Länder betrachtete. Begründet wurde das damit, dass in entwickelten kapitalistischen Ländern auch der Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung und staatlicher Strukturen die Durchsetzung des Faschismus verhindern würden. Eine Vorstellung, die auch in Teilen der Sozialdemokratie verbreitet war. Dagegen unterstrich die Resolution des Kongresses den Zusammenhang aus der Herausbildung des Monopolkapitals, seinem Verwachsen mit dem Staatsapparat einerseits und einer allgemeinen reaktionären Tendenz andererseits. Es wurde zudem festgehalten, „daß der Machtantritt des Faschismus in hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht unbedingt durch einen Putsch erfolgen müsse, sondern daß eine stufenweise Faschisierung des bürgerlichen Staates durch das Monopolkapital wahrscheinlicher sei.“²⁸

Andere Teilnehmer der Konferenz bezeichneten sogleich „alle reaktionären Tendenzen zum Abbau des parlamentarischen Systems und jegliche Anwendung von Terror als Faschismus“ und unterschieden nach Lewerenz damit unzureichend zwischen „gesetzmäßigen faschistischen Tendenzen im Imperialismus und der möglichen faschistischen Machtausübung“.²⁹ Insgesamt kommt Lewerenz für den VI. Weltkongress zu dem Schluss, dass der Faschismus als andere Regierungsmethode, nicht aber als eine andere Staatsform beschrieben wurde. Es blieb für die KomIntern ein komplizierter und schmaler Grad, einerseits der Vorstellung eines klassenmäßigen Gegensatzes zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus, die vor allem in Teilen der Sozialdemokratie vertreten wurde und in der sich auch die Auffassung über die Herrschaft des Kleinbürgertums ausdrückte, zu begegnen und andererseits die Unterschiedlichkeit zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie scharf zu fassen.

Dimitroff kam auf dem VII. Weltkongress insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Deutschland zu einer deutlichen Formulierung.

„Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form – durch die offene terroristische Diktatur.“³⁰

²⁶ Lewerenz: „Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922 bis 1935)“, S. 29.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd., S. 34.

²⁹ Ebd., S. 33f.

³⁰ Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus

Einheitsfrontpolitik gegen die sozialdemokratische Führung

Im März 1920 versuchten Teile der deutschen Bourgeoisie, die Republik zu stürzen. Bereits hier war die einheitliche Aktion der deutschen Arbeiterklasse, der Generalstreik, zu dem die USPD und SPD aufriefen, entscheidend, um den konterrevolutionären Kapp-Putsch zu verhindern. Die „Nationale Vereinigung“, der mit der Schwerindustrie verbundene reaktionär-militaristische Kern der Putschisten, sah die Zeit gekommen, da man auf die rechten sozialdemokratischen Führer verzichten könne, um eine unverhüllte Diktatur zu errichten, die die Waffen gegen die junge Sowjetunion richten würde. KPD-Mitglieder beteiligten sich umfassend am Widerstand der Arbeiter; eine Mehrheit der Parteizentrale entschied sich zunächst allerdings gegen einen gemeinsamen Streikaufruf mit der SPD. Schon hier zeigte sich die Schwierigkeit der Frage der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, wie es in der in der DDR herausgegebenen Reihe zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung später reflektiert wurde:

„In dem Aufruf der Zentrale vom 13. März wurde zwar die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes gegen die Militärdiktatur betont, aber es wurde abgelehnt, für die Verteidigung der Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, für die Verteidigung der bürgerlichen Republik zu kämpfen. [...] Der Kapp-Putsch wurde nur als Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse gewertet. [...] Der Aufruf spiegelte Unklarheiten über das Verhältnis des Kampfes um Demokratie und Sozialismus in der KPD wider.“³¹

Einen Tag später, ab dem 14. März, rief auch die KPD-Führung zur gemeinsamen Aktion aller Arbeiter auf. Am 15. März verhinderten die etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellten das Vorrücken der Konterrevolution, wobei die kommunistisch orientierten Teile selbst zum bewaffneten Kampf übergingen und die Forderung zur Verteidigung der Demokratie mit Forderungen zur Ausweitung demokratischer Rechte und der Entwaffnung der Konterrevolution verbanden. Auf dem III. Weltkongress der KomIntern (1921) wurde die Orientierung zur Einheitsfront erstmalig beschlossen. In der Folge wurde der Kampf gegen den Faschismus in die Einheitsfrontpolitik aufgenommen und in den „Thesen über die Taktik der KomIntern“ vom IV. Weltkongress (1922) ausführlich beschrieben.

„Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. [...] Das Wichtigste in der Taktik der Einheitsfront ist und bleibt die agitatorische und organisatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen.“³²

³¹ Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band III“, Dietz Verlag Berlin, 1966, S. 268

³² IV. Weltkongress der KomIntern: „Thesen über die Taktik der KomIntern“, 1922, Online: http://321ignition.free.fr/pag/de/lin/pag_003/1922_12_05_KI_IV_Thesen_Taktik.htm (aufgerufen: 03.05.2025).

Auf Initiative der KI fand im März 1923 die erste internationale antifaschistische Konferenz mit 243 Delegierten, Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und anderer Organisationen in Frankfurt am Main statt. Unter anderem ging es um Formen internationaler Solidarität und die Bildung des antifaschistischen Massenselbstschutzes, wie in Deutschland in Gestalt der proletarischen Hundertschaften. Im Juli 1923 rief die KPD zu Demonstrationen für einen ersten „Antifaschistentag“ auf:

„Die KPD ruft die Arbeiter auf, überall Abwehrorganisationen zu bilden, die, wenn nötig, mit Waffen in der Hand einen faschistischen Umsturz verhindern würden. Die Kommunistische Partei hält es für notwendig, in demselben Augenblick, wo sie versucht, die Abwehrfront der Arbeiter, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit, gegen die faschistischen Organisationen des Bürgerkriegs aufzurichten, sich an euch Bauern, Handwerker, Beamte, Festbesoldete, Klein- und Sozialrentner mit dem Aufruf zu wenden: Lasst euch nicht von den Junkern, von den Eisen- und Kohlenbaronen, lasst euch nicht von den Aasgeiern eurer Not als Kanonenfutter gegen die Arbeiterklasse gebrauchen.“³³

Vielerorts gelang an der Basis die Aktionseinheit sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter. Im November 1923 wurde auf Initiative der KomIntern die überparteiliche „Weltliga gegen den Faschismus“ gegründet. Kontakte und Strukturen wurden unter anderem mit Hilfe des Informationsblatts „Chronik des Faschismus“ aufgebaut, in dem durch Analysen und Länderberichte über die Entwicklung und das Wesen der faschistischen Bewegungen aufgeklärt werden sollte.³⁴

In Übereinkunft mit dem EKKI wurden im Oktober 1923 in Sachsen und Thüringen Arbeiterregierungen aus linken Sozialdemokraten und Kommunisten gebildet, um den entschiedensten „Kampf gegen den Faschismus, Revanchepolitik, Reaktion und die verfassungswidrige Militärdiktatur“ zu organisieren, wie es im Thüringer Regierungsprogramm hieß, und den Kampf um die Macht vorzubereiten.³⁵ Dimitroff kritisierte 1935 in seinem Referat rückblickend die Regierungen, die es versäumten, die Arbeiter zu bewaffnen und ihre soziale Lage zu verbessern, und sich stattdessen verhielten „wie gewöhnliche parlamentarische Minister ‘im Rahmen der bürgerlichen Demokratie’“. ³⁶ Trotz des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 und dem drohenden Vorrücken der Reichswehr zur Zerschlagung der Arbeiterregierungen behielten ihre sozialdemokratischen Mitglieder eine abwartende Stellung. Die KPD konnte sich mit der sofortigen Orientierung auf den Generalstreik im Herbst 1923 nicht durchsetzen. „Die Kommunisten, alle revolutionären Arbeiter in ganz Deutschland warteten vergeblich auf das Signal zum Kampf.“³⁷

Passives Abwarten, Orientierung auf Wahlen, legalistische Illusionen und die Politik des kleineren Übels zur Abwehr faschistischer Kräfte, gemischt mit diffusen und antikommunistischen Vorstellungen über den Faschismus, bestimmten die Haltung der SPD-Führung über die Zeit der Weimarer Republik. 1924 sagte Arthur Crispian auf dem Berliner

³³ Schneider, Ulrich: „Die ‘Antifaschistische Weltliga’ von 1923/24“, Neue Impulse Verlag, Essen 2024, S. 18

³⁴ Vgl. ebd., S. 30f.

³⁵ Institut für Marxismus-Leninismus: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band III“, S. 424.

³⁶ Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.

³⁷ Institut für Marxismus-Leninismus: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band III“, S. 428.

Parteitag der SPD: „Der Bolschewismus endet im Faschismus. Das sehen wir in Ungarn, in Italien und auch in Russland, wo im Grunde nichts anderes als der Faschismus wütet.“³⁸ Noch 1931 sagte Otto Wels in seiner Eröffnungsrede des SPD-Parteitags: „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder“.³⁹ Der Berliner Blutmai von 1929 oder auch die Tolerierungspolitik gegenüber der Brüning-Regierung von 1930-32 fütterten die Sozialfaschismusthese in den Reihen der KPD und legten die Einheitsfrontpolitik auf eine Aktionseinheit „von Unten“ fest. Die KPD orientierte auf den Massenkampf. Am 25. Mai, nach einem Angriff der Fraktion der NSDAP auf Wilhelm Pieck und die Kommunisten im Reichstag, rief die KPD zur Bildung der Antifaschistischen Aktion auf. Die neu gebildete Regierung unter Franz von Papen fiel ab Juni 1932 zusammen mit dem sich nähernden Tiefpunkt der Wirtschaftskrise. Die Angriffe auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen wurden von Seiten der Regierung mit Notverordnungen und Zwangsmaßnahmen nochmals gesteigert. Intensiver wurde das einheitliche Agieren der Arbeiterparteien an der Basis. In diesem Kontext richtete das ZK der KPD am 20. Juli 1932 einen direkten Appell an die Führung der SPD und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, zum gemeinsamen Generalstreik aufzurufen. Die Sozialdemokraten lehnten ab. Selbst das Angebot zum gemeinsamen Aufruf für den Generalstreik nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 wurde von den Sozialdemokraten ausgeschlagen. Rudolf Breitscheid brachte am 31. Januar 1933 die Verfassungskonformität der SPD auf den Punkt.

„Wenn Hitler den Weg der Verfassung beschreitet, steht er an der Spitze einer Rechtsregierung, die wir bekämpfen können und müssen, mehr noch als die früheren; aber es ist dann eben eine verfassungsmäßige Rechtsregierung.“⁴⁰

Noch im Mai 1933, kurz vor ihrem eigenen Verbot im Juni, gab die SPD-Führung ihre Zustimmung zur Außenpolitik Hitlers im Reichstag. Diese Beispiele der fortschreitenden Kapitulationspolitik der SPD waren entscheidend dafür, dass auch das XIII. EKKI-Plenum (Dezember 1933) die Sozialdemokratie weiterhin als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bezeichnete.

Elfriede Lewerenz und auch Kurt Gossweiler reflektieren mit historischem Abstand scharf die Fehler der KPD in dieser entscheidenden Phase des Kampfes gegen den Faschismus, aber auch über die Zeit der Weimarer Republik hinweg und erkennen beide letztlich sowohl eine verhängnisvolle Unterschätzung der faschistischen Gefahr als auch die Überschätzung der revolutionären Kräfte, wie sie sich beispielsweise auf der 3. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932 noch offen zeigten.

„Gegenwärtig besteht eine andere Gefahr, die der Überschätzung des Faschismus, die Auffassung, als ob die faschistische Diktatur eine Konsolidierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie darstelle.“ [...] „Soviel ist jedenfalls klar: das deutsche Proletariat kann in die schweren und gewaltigen Klassenschlachten der

³⁸ Schleifstein: „Die Sozialfaschismusthese“, S. 45.

³⁹ Ebd., S. 46.

⁴⁰ Ebd., S. 77.

nächsten Zukunft mit fester, kampfentschlossener Zuversicht, mit einer revolutionären Perspektive marschieren!“⁴¹

Auch das XIII. EKKI-Plenum kam noch zu dem Schluss, dass „die faschistische Diktatur in Deutschland ‘gegen eine unbesiegte Arbeiterklasse’ errichtet worden sei, die nur vorübergehend zurückweiche, sich aber wieder zum Angriff sammle.“⁴²

Mit der Einheitsfront zur Volksfrontpolitik der KomIntern

Auch Dimitroff reflektierte 1935 in seinem Referat auf dem VII. Weltkongress scharf die „Unterschätzung der faschistischen Gefahr, die auch bis auf den heutigen Tag nicht überall liquidiert ist.“⁴³ Er betont hingegen, dass „vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern“ und diese bereits aufs Schärfste bekämpft werden müssten, um den Sieg des Faschismus zu verhindern.⁴⁴

Die Veränderungen in der Kampforientierung der KomIntern und dabei auch die Bündnispolitik gegenüber der Sozialdemokratie waren die entscheidenden politischen Entwicklungen, die vom VII. Weltkongress (Juli 1935) im Verhältnis zum XIII. EKKI-Plenum (Dezember 1933) ausgingen. Ausschlaggebend waren dafür unter anderem die Erfahrungen aus Frankreich und auch Österreich.

Der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise erreichte Frankreich verspätet, erst in den Jahren 1933/34. Nach deutschem Vorbild riefen die französischen Faschisten im Verbund mit den reaktionären Kreisen der französischen Monopolbourgeoisie am 6. Februar zum Putsch gegen die bürgerliche Republik. Die Pariser Arbeiter erhoben sich spontan, drängten damit auch die Regierung zum Einsatz gegen die Putschisten und vereitelten den Staatsstreich. Die Französische Kommunistische Partei reagierte in dieser Situation sehr schnell. Für den 14. Februar bereitete sie einen Generalstreik vor; die Stimmung der Arbeitermassen war auf ihrer Seite. Der reformistische Gewerkschaftsbund CGT rief zum Streik unter dem Motto „Nieder mit dem Faschismus“ bereits für den 12. Februar auf, um den Kommunisten zuvorzukommen. Die Kommunisten wiederum riefen sofort zur Teilnahme auf und sicherten die einheitliche Aktion.⁴⁵ Auch im Juli kam es in Paris zur Massenaktion, in deren Folge die Französische Kommunistische Partei ein Abkommen zur Aktionseinheit mit der Sozialistischen Partei schloss.

„Die Bedeutung der am 14. Juli dieses Jahres stattgefundenen antifaschistischen Demonstration in Paris, an der sich eine halbe Million Menschen beteiligte, sowie der zahlreichen Demonstrationen in anderen Städten Frankreichs ist gewaltig. Das ist

⁴¹ Zitiert nach Gossweiler, Kurt: „Zur Strategie und Taktik der SPD und KPD in der Weimarer Republik“, 1957, Online: <https://kurt-gossweiler.de/zur-strategie-und-taktik-der-spd-und-kpd-in-der-weimarer-republik-april-bis-juni-1957/> (aufgerufen: 03.05.2025).

⁴² Lewerenz: „Die Analyse des Faschismus durch die KI“, S. 36.

⁴³ Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Vgl. Lewerenz: „Die Analyse des Faschismus durch die KI“, S. 62.

schon nicht bloß eine Einheitsfrontbewegung der Arbeiter, das ist der Beginn einer breiten allgemeinen Volksfront gegen den Faschismus in Frankreich.“⁴⁶

In Österreich kam es zur gleichen Zeit zu anderen Ergebnissen. Der Prozess der Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie war bereits seit März 1933 stark vorangeschritten. Als am 12. Februar Regierungstruppen das Arbeiterhaus in Linz besetzten, reagierten die proletarischen Schutzbündler aus Linz und Wien mit bewaffneten Aktionen. Österreichische Kommunisten und Sozialdemokraten traten den Faschisten gemeinschaftlich entgegen, erlitten allerdings eine Niederlage. Es kam nicht zur Massenaktion des Proletariats; die kämpfenden Arbeiter wurden niedergeschlagen und die offene faschistische Diktatur eingerichtet.

Auf Grundlage dieser Erfahrungen war die Beziehung des antifaschistischen Kampfes zur bürgerlichen Demokratie erneut aufgeworfen. Dimitroff kritisierte die österreichischen Kommunisten dafür, in der entscheidenden Situation keine weitreichend genügende Kampfperspektive gegeben zu haben, die die Arbeiter stärker hätte mobilisieren können.

„Im Zeitalter der allgemeinen Krise aber, wo die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den Methoden der parlamentarischen Demokratie zu regieren, und wo sie den Weg des Faschismus betritt, ist die für den Kampf der Arbeiterklasse ausschlaggebende Frage nicht mehr die Wiederherstellung der geschichtlich überlebten bürgerlichen Demokratie, sondern der Kampf zum Sturz der Bourgeoisie, der Kampf um die Diktatur des Proletariates.“⁴⁷

Mit Blick auf Frankreich kam die Vorbereitungskommission des VII. Weltkongresses allerdings zu folgenden Schlussfolgerungen:

„In Frankreich verbinden wir (die Kommunisten, Lewerenz) uns nicht mit einer sich faschisierenden bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus, sondern wir verbinden uns mit der antifaschistischen kleinbürgerlichen Demokratie sowohl gegen die sich faschisierende bürgerliche Demokratie als auch gegen den Faschismus.“⁴⁸

Es zeigt sich hieran, wie konkret und differenziert, aber auch wie paradox diese Frage weiterhin behandelt wurde. Togliatti kommt in seinen Vorlesungen über den Faschismus zur schärferen Beschreibung des wechselseitigen Zusammenhangs zwischen dem Kampf zur Verteidigung der Demokratie einerseits und dem Sozialismus andererseits, indem er betont, dass der eine Kampf in den anderen übergeht.

„Die Wahrscheinlichkeit, eine faschistische Diktatur zu errichten, hängt von der Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihrer Fähigkeit ab, die demokratischen Institutionen zu verteidigen. Wenn das Proletariat Widerstand leistet, ist es schwierig, diese Institutionen zu zerschlagen. Dieser Kampf zur Verteidigung der demokratischen Institutionen weitet sich aus und wird zum Kampf um die Macht.“⁴⁹

⁴⁶ Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.

⁴⁷ Dimitroff, zitiert nach Lewerenz: „Die Analyse des Faschismus durch die KI“, S. 73.

⁴⁸ Zitiert nach Lewerenz: „Die Analyse des Faschismus durch die KI“, S. 114.

⁴⁹ Togliatti: „Lectures on Fascism“, S. 5 (eigene Übersetzung).

Einig war man sich, dass der Kampf um die Verteidigung und den Ausbau demokratischer Rechte Teil des Klassenkampfes war. Die Stellung zur bürgerlich-parlamentarischen Gesellschaft, die selbst Faschisierung und den Aufstieg des Faschismus ermöglicht hatte, war komplizierter. Die Erfahrung Frankreichs zeigte allerdings, dass die Mittelschichten, das Kleinbürgertum und die Intelligenz nicht für den Kampf um die Diktatur des Proletariats, allerdings für die Verteidigung der Demokratie mobilisierbar waren. Um die Gewinnung dieser Klassen und Schichten ging es der KomIntern mit der Orientierung auf die Volksfrontpolitik.

„Bei der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus ist die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront eine besonders wichtige Aufgabe. Der Erfolg des gesamten Kampfes des Proletariats ist eng verbunden mit der Herstellung des Kampfbündnisses des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft und der Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums, das die Mehrheit der Bevölkerung sogar in den industriell entwickelten Ländern bildet.“⁵⁰

Um die Massen dem Einfluss des Faschismus zu entziehen, spielte die Frage der Bekämpfung der sozialen und nationalen Demagogie der Faschisten weiterhin eine zentrale Rolle. „Es gelingt dem Faschismus, die Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse appelliert“, erklärt Dimitroff in seinem Referat.⁵¹ Diese Frage musste also für die Aufgabe zur Schaffung einer breiten Volksfront entscheidend sein. Positiv bezuggenommen wurde dabei unter anderem auch auf das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung“ der KPD von 1930, die diese Frage der nationalen Demagogie erstmals angegangen hätte.⁵²

Die Orientierung auf eine breite Volksfront wurde nicht leichtfertig, sondern in scharfer Diskussion der konkreten Bedingungen des Klassenkampfes der einzelnen Länder getroffen. Der Französischen Kommunistischen Partei wurde beispielsweise eingeschärft, „das stärkste Feuer gegen den Rechtsoportunismus zu richten“, da man infolge der Verhandlungen mit der sozialistischen Partei hier eine besondere Gefahr erkannte.⁵³ Auch die Möglichkeit einer Volksfrontregierung, die Dimitroff in seinem Referat 1935 explizit betont, wurde an klare Bedingungen geknüpft.

„Das ist vor allem eine Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion. Das muß eine Regierung sein, die als Ergebnis der Einheitsfrontbewegung entstanden ist und die in keiner Weise die Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der Massenorganisationen der Arbeiterklasse einschränkt, sondern im Gegenteil, entschiedene Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Finanzmagnaten und ihre faschistischen Agenten trifft.“⁵⁴

Auf ihrer Brüsseler Konferenz im Oktober 1935, direkt im Anschluss an den VII. Weltkongress, verband die KPD die Orientierung auf die antifaschistische Volksfront zum Sturz Hitlers mit einer offenen Selbstkritik ihrer Massenarbeit und Bündnispolitik, ohne die

⁵⁰ Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.

⁵¹ Ebd.

⁵² Vgl. Lewerenz: „Die Analyse des Faschismus durch die KI“, S. 102.

⁵³ Ebd., S. 68.

⁵⁴ Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.

SPD ihrer Verantwortung für die Durchsetzung des Faschismus dabei zu entlasten. Wilhelm Pieck bringt die Selbstkritik in seinem einleitenden Bericht so auf den Punkt:

„Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.“⁵⁵

Ab Dezember 1935 kam es auf Initiative der Kommunisten zu konkreten Versuchen zur Bildung einer breiten politischen Front aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Vertretern aus der Intelligenz und aus bürgerlich-liberalen Kreisen gegen Hitler, wobei insbesondere die Frage, welche Ordnung dem Sturz Hitlers folgen sollte, von Beginn an für heftige Debatten sorgte. Der sogenannte Lutetia-Kreis, als erster Kern einer deutschen Volksfront, hatte keinen Bestand. In den internationalen Brigaden in Spanien wurde die Volksfrontorientierung an anderer Stelle fortgeführt.

Der Volksfrontblock in Spanien gewann im Februar 1936 die Mehrheit der Parlamentssitze bei der Wahl. Die in der französischen Volksfront zusammengeschlossenen Parteien errangen bei der Parlamentswahl im April 1936 ebenfalls einen Sieg, wobei die Kommunisten die Regierung unterstützten, ohne selbst eigene Minister zu stellen. Der Kampf um die Republik gegen den faschistischen Putsch (Juli 1936) in Spanien wurde zum internationalen Kristallisationspunkt des weltweiten Kampfes gegen das Vorrücken des Faschismus und der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion.

Die Debatte über die Fragen der Volksfrontorientierung wurde insofern mit dem VII. Weltkongress keineswegs beendet. Im Gegenteil stellten sich die Fragen einer breiten Bündnisorientierung bei gleichzeitig eigenständiger Politik der Kommunisten unter sich verändernden Bedingungen immer wieder aufs Neue. Die Diskussion der Erfahrungen der Volksfrontregierungen und der Volksfrontpolitik, die bis heute schärfste Kontroversen unter Kommunisten auslöst, sprengt allerdings den Rahmen dieses Kapitels und muss gesondert fortgeführt werden.

Ausblick und Fazit

Dass es sich um ein fortlaufendes Ringen im taktischen Kampf gegen den Hitlerfaschismus handelte, davon zeugt beispielsweise auch die Resolution der Berner Konferenz der KPD vom Februar 1939 („Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue, demokratische Republik“). Mit dem Programm für ein demokratisches Deutschland sollte die Basis für eine Einheits- und Volksfront der Hitlergegner geschaffen werden. Mit Blick auf die Einschätzung des Charakters des II. Weltkrieges durch die KomIntern im November 1939 erkennt der Faschismusforscher Kurt Pätzold hingegen einen scharfen Bruch zur Einschätzung und Orientierung des VII. Weltkongresses.

„Die Grundsätze der Strategie und Taktik für den Kampf gegen den Faschismus wurden umstandslos über den Haufen geworfen, die faschistischen und die nichtfaschistischen

⁵⁵ Mammach, Klaus (Hrsg.): „Die Brüsseler Konferenz der KPD“, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1975, S. 77.

kapitalistischen Staaten hinsichtlich ihrer Verantwortung für den Krieg auf ein und dieselbe Stufe gestellt [...].“⁵⁶

In der Tat beschloss die KomIntern 1939 die Losung: „Keinerlei Unterstützung der Politik der herrschenden Klassen, die darauf gerichtet ist, das imperialistische Gemetzel fortzusetzen und zu schüren!“. ⁵⁷ Die Einschätzung als imperialistischer Krieg auch von Seiten Frankreichs und Großbritanniens basierte auf der Befriedungspolitik dieser Länder mit Nazideutschland und ihrem Versuch, die Aggression Deutschlands gegen die Sowjetunion zu richten, was sich insbesondere im Münchener Abkommen von 1938 ausdrückte. Die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Großbritanniens forderten den Bruch mit dieser Politik.

„Nur so konnte die reaktionäre Politik des ‘seltsamen Krieges’ (Kriegserklärung ohne aktive Kriegstätigkeit, MR) überwunden und der Krieg gegen Hitlerdeutschland in einen gerechten, antifaschistischen Befreiungskrieg verwandelt werden.“⁵⁸

Eine umfassende Beschäftigung dieser konkreten Frage muss hier aus Platzgründen unterbleiben. Vor allem zeigt die Auseinandersetzung die fortlaufende Diskussion, die allerdings mit der Auflösung der Kommunistischen Internationale 1943 ein zentrales Instrument zum verbindlichen kollektiven, internationalen Austausch eingebüßt hatte. Die Wirkungen, Interpretationen und Debatten, die sich aus und über den VII. Weltkongress und die Faschismuskritik der KomIntern bis 1935 bis heute ergeben haben, sind in ihrer inhaltlichen Vielfalt und Anzahl kaum zu überschätzen.

Dabei dreht sich die Debatte zum einen um die Bewertung des VII. Weltkongresses selbst. So wird beispielsweise behauptet, der VII. Weltkongress sei ein Schwenk nach rechts gewesen, und das vermeintlich vereinfachte Staatsverständnis in der von Dimitroff gegebenen Faschismusdefinition kritisiert.⁵⁹ Zum anderen wird darüber gestritten, was Kommunistische Parteien und Organisationen aus dem VII. WK gemacht haben und ob sie damit tatsächlich legitimerweise das politische Erbe des Kongresses behaupten können. So wurde aus dem Referat Dimitroffs abgeleitet, das strategische Ziel des Kampfes um den Sozialismus hinter den Kampf für eine demokratische Zwischenetappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus zurückzustellen. Andere schließen aus dem VII. Weltkongress eine Orientierung auf möglichst breite Bündnisse mit Sozialdemokraten und Liberalen bei Aufgabe der Eigenständigkeit der Kommunisten oder des zentralen Hauptstoßes gegen das Monopolkapital. Viele Aussagen Dimitroffs und anderer Beiträge zum VII. Weltkongress, die in aller Deutlichkeit das Ziel des Sozialismus formulieren, die Verantwortung der Sozialdemokratie für die Spaltung der Arbeiterklasse und die Durchsetzung des Faschismus benennen oder die Bedingungen der Bündnispolitik und einer Volksfrontregierung begrenzen, werden dabei nicht beachtet.

⁵⁶ Pätzold, Kurt: „Die Faschismustheorie der Kommunistischen Internationale. Soll und Haben“, Vortrag in der Rosa-Luxemburg-Gesellschaft e.V., Leipzig 01.12.1998

⁵⁷ Zitiert nach Institut für Marxismus-Leninismus: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band V“, S. 244.

⁵⁸ Ebd., S. 245.

⁵⁹ Siehe hierzu unbedingt die Broschüre „Der VII. Weltkongress der KI“ der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ), Online: <https://www.kaz-online.de/storage/siebter-weltkongress.pdf> (aufgerufen am 03.05.2025).

In vielen Bezugnahmen auf den VII. Weltkongress und auch mit Blick auf seine Bewertung, wurden Einzelaussagen aus dem Zusammenhang gerissen und der Kongress als Ganzes aus seinem historischen Kontext gelöst, die konkreten Kämpfe und die politischen Auseinandersetzungen, die zu den Ergebnissen des VII. Weltkongresses geführt haben, nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt. Das soll die Ergebnisse des Kongresses nicht relativieren. In der klassenmäßigen Bestimmung des Faschismus als Herrschaft des Finanzkapitals, der Dialektik aus dem Kampf zur Verteidigung der Demokratie und um die Diktatur des Proletariats, aber auch in Hinblick auf die Einheits- und Volksfrontorientierung geben uns die Ergebnisse des VII. Weltkongresses wichtige Ausgangspunkte und Erfahrungen mit für unsere gegenwärtigen Aufgaben.

Die hier vorgenommene kurze und notwendig schlaglichtartige Darstellung verdeutlicht allerdings vor allem die enge Verbindung der Debatte der KomIntern mit den konkreten Bedingungen der Klassenkämpfe in den Ländern ihrer Sektionen und dem kontinuierlichen Ringen um Einschätzung und Kampforientierung. Das Verständnis vom Faschismus und Antifaschismus war an keinem Punkt abgeschlossen, sondern in ständiger Bewegung, baute fortlaufend auf neue Erkenntnisse und Erfahrungen auf und lernte aus Fehlern. In der Annäherung an wesentliche, allgemeine Merkmale des Faschismus zeigte sich der fortlaufend scharfe Blick für die Verschiedenartigkeit des Faschismus, das Berücksichtigen nationaler Besonderheiten und neuer Entwicklungen. Ein Verständnis einer allgemeinen Definition des Faschismus, die als Schablone angewandt werden könne, wäre nichts als eine schlechte Karikatur der Geisteshaltung, die sich in der fortlaufenden Debatte der KomIntern zeigt. Dimitroff selbst hob diesen Punkt deutlich hervor:

„Keinerlei allgemeine Charakteristik des Faschismus, mag sie an sich noch so richtig sein, enthebt uns der Pflicht, die Eigenart der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und zu berücksichtigen.“⁶⁰

Uns stellen sich heute neue Fragen, die wir aufbauend auf dem angehäuften Wissen und den Erfahrungen der Faschismusdiskussion der KomIntern bearbeiten müssen: Hat sich das Verhältnis von Faschismus zur bürgerlichen Demokratie angesichts jahrzehntelanger Verfestigung bürgerlich-parlamentarischer Ordnungen im Westen verändert? Wo verlaufen die Grenzen und die Übergänge von der einen in die andere Staatsform? Endet eine Tendenz zur Faschisierung notwendig im Faschismus? Welche Rolle spielen Sozialdemokraten in der SPD und der Linkspartei in Deutschland heute? Haben sie überhaupt noch Elemente einer Arbeiterpartei? Welche Kräfte gibt es heute, um sich dem Faschismus entgegenzustellen? Um diese und viele weitere Fragen zu bearbeiten, bleibt der tiefe Blick in die reichhaltige und produktive Auseinandersetzung in und um die KomIntern eine unabdingbare Grundlage.

⁶⁰ Dimitroff, zitiert nach Lewerenz: „Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922 bis 1935)“, S. 47.